

Working Group XI

Working Document 28

Working Group XI “Social Europe”

Subject: **Comments on paragraphs 4 to 7 of the Mandate
by Mr Hans Martin Bury**

Members of Working Group XI on “Social Europe” will find hereafter a paper by
Mr Hans Martin Bury, alternate member of the Convention.

**Beitrag von Hans Martin Bury zu den Fragen 4 – 7 des Mandats der Arbeitsgruppe XI
"Soziales Europa" (CONV 421/02)**

Frage 4: Welche Rolle kann die offene Koordinierungsmethode spielen und welchen Platz hätte sie im Verfassungsvertrag?

Die offene Koordinierungsmethode ist eine besonders enge Form der politischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, die entsprechend den Schlussfolgerungen von Lissabon mittlerweile in verschiedenen Politikfeldern eingesetzt wird. Sie wird in sehr unterschiedlicher Ausprägung angewendet. Dies ermöglicht maßgeschneiderte Verfahren für die jeweiligen Politikfelder unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten. Die Methode eignet sich besonders gut für solche Bereiche, in denen eine Rechtsetzung nicht gewollt oder nicht möglich ist, in denen die Mitgliedstaaten aber trotzdem ein höheres Maß an Kohärenz anstreben. Dabei sollen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips nationale Handlungsspielräume und Kompetenzen nicht eingeschränkt werden.

Eine vertragliche Verankerung der offenen Koordinierungsmethode ist nicht erforderlich, da sie nur der freiwilligen Verfolgung gemeinsamer Ziele dient und rechtlich im unverbindlichen, nicht justiziablen Rahmen bleibt. Die Förderung der Zusammenarbeit ist überdies bereits durch die Neufassung des Art. 137 im Vertrag von Nizza ausreichend kodifiziert.

Frage 5: Welche Beziehung kann zwischen der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und der Koordinierung der Sozialpolitiken hergestellt werden?

Der Gipfel von Lissabon hat die drei Politikbereiche - Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik - als gleichgewichtige Teile zur Erreichung des strategischen Ziels festgestellt, die Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Die Verknüpfung dieser drei Politikbereiche ist Voraussetzung, die ehrgeizigen Ziele von Lissabon zu erreichen und die Europäische Union auf diesem Wege unter Einbeziehung der Beitrittskandidaten voranzubringen.

Der Europäische Rat von Lissabon hat sich geeinigt, dass „der Rat in seinen anderen Formationen zur Ausarbeitung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik durch den Rat „Wirtschaft und Finanzen“ beiträgt“. Entsprechende Vereinbarungen zwischen ECOFIN und anderen Räten werden begrüßt

und sollten zügig umgesetzt werden.

Frage 6: Was die Verfahren betrifft, inwieweit sollen die Mitentscheidung und die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf Bereiche ausgedehnt werden, für die derzeit Einstimmigkeit erforderlich ist?

Wir setzen uns grundsätzlich im Rahmen des Konvents für die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat als Regelfall ein, wobei in eng begrenzten Ausnahmefällen aber die Einstimmigkeit noch möglich bleiben muss.

Frage 7: Titel VI des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags betrifft das demokratische Leben der Union. Sollte die Rolle der Sozialpartner in diesem Titel VI erwähnt werden, und wenn ja, welche?

Wenn in Titel VI des Verfassungsentwurfs einzelne Gruppen oder Institutionen benannt werden, mit denen die Europäische Union in einem strukturierten Dialog steht, dann sollten die Sozialpartner genannt werden. Ihre Rolle sollte die Durchführung des sozialen Dialogs (Art. 139 EGV) sein.